

PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 12.08.2015

Hermann Winkler fordert klaren Kurs der Landespolitik für Grenzkontrollen

Im Zuge anhaltender illegaler Grenzübertritte durch Asylsuchende ist in Sachsen erneut die Debatte über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen aufgeflammt. Der sächsische Europaabgeordnete Hermann Winkler fordert in diesem Zusammenhang endlich eine klare Linie seitens der Landespolitik: „Noch vor zwei Monaten wurde die Wiedereinführung von Grenzkontrollen seitens des Innenpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Christian Hartmann, öffentlich vehement abgelehnt. Aufgrund der geltenden Rechtslage des Schengener Abkommens seien derartige Kontrollen nicht möglich und darüber hinaus auch nicht nötig, so die damalige Argumentation. Nun vernehme ich aus der gleichen Richtung die Forderung, Schengen auszusetzen um mittels Grenzkontrollen der unerlaubten Einreise Herr zu werden. Angesichts dieser Widersprüche fordere ich eine grundsätzliche Positionsbestimmung der sächsischen Landespolitik in dieser Frage. Mangels einer klaren Position ist es derzeit unmöglich, die Interessen des Freistaats auf europäischer Ebene zu vertreten. Mit einer Ankündigungspolitik von Tag zu Tag werden wir jedenfalls weder in Brüssel Gehör finden, noch die drängenden Sicherheitsprobleme von Bevölkerung und Unternehmen lösen.“

Bereits vor zwei Monaten forderte Winkler vor dem Hintergrund der Fahndungserfolge bei den Grenzkontrollen zum G7-Gipfel die Einführung mobiler Kontrollen. „Die offenen Schengengrenzen haben zu mehr Grenzkriminalität, Schmuggel und illegaler Einreise geführt. Insbesondere in den unmittelbaren Grenzregionen ist die Sicherheitslage für die Bewohner unzumutbar. Derartige Probleme muss Politik offen benennen, wirksam darauf reagieren und nicht funktionierende Regeln ändern. Ich freue mich, wenn diese Botschaft auch in Dresden angekommen sein sollte. Nun heißt es aber auch, Worten Taten folgen zu lassen“, so Winkler abschließend.